

rer im Ausland gehalten haben und die sie aufgrund der Erwartung einer Yuan-Aufwertung nach China transferierten. Die BIS schätzt, dass in den ersten neun Monaten des letzten Jahres rd. 23 Mrd. US\$ von Sparkonten chinesischer Anleger im Ausland nach China zurücküberwiesen wurden. (AWSJ, 8.3.04)

Zum Zufluss von „hot money“ nahm auch Guo Shuqing, Direktor der SAFE Stellung. Guo zufolge werde der Druck auf den Yuan im Verlauf des Jahres nachlassen, und diejenigen, die Spekulationsmotive mit dem Rücktransfer von Devisen nach China verbunden hätten, würden Verluste hinnehmen müssen. So rechnet Guo damit, dass sich die Wirtschaft in den USA und anderen Industrieländern erholen werde und die Zinsen in den USA wieder steigen werden. (AWSJ, 8.3.04) Weiterhin weise China bereits in den ersten zwei Monaten d.J. ein relativ hohes Handelsbilanzdefizit auf. (ST Interactive, 8.3.04)

SAFE kündigte Anfang März d.J. an, dass die Devisenkontrolle hinsichtlich des Kaufs von Devisen durch Privatpersonen, beispielsweise für chinesische Studenten, die im Ausland studieren wollen, in diesem Jahr weiter gelockert werden wird. Für Studenten, die ihr Studium und den Aufenthalt selbst finanzieren müssen, gilt ein Betrag von 20.000 US\$. Wird ein höherer Betrag benötigt, muss dies nachgewiesen werden.

Für Unternehmen, die ihre Auslandspräsenz ausbauen oder Ausstellungen durchführen wollen, werden ebenfalls Devisen in größerem Umfang bereitgestellt. (XNA, 6.3.04)

Anfang März d.J. kündigte Guo weiterhin an, dass China innerhalb der nächsten 5-6 Jahre die Konvertibilität der Währung auch für die Kapitalverkehrsbilanz einführen werde – allerdings erst nachdem die Sanierung der Banken beendet sei. -schü-

## 22 Greenspan warnt vor Freigabe des Yuan-Wechselkurses

Im Rahmen einer Anhörung vor dem Bankenausschuss im US-Senat warnte der Vorsitzende der amerikanischen Notenbank Alan Greenspan vor den Folgen einer Freigabe des Wechselkur-

ses der chinesischen Währung. Aufgrund der Probleme im Bankensystems könnten die Einleger bei einer Freigabe des Wechselkurses und Aufgabe der Kapitalverkehrskontrollen massiv Sparguthaben abziehen und im Ausland anlegen. Dies könne zu einer Schwächung der Banken führen und auch negative Effekte für die Weltwirtschaft mit sich bringen. Vor einer Liberalisierung müsse demnach erst das Bankensystem saniert werden, das uneinbringliche Kredite von bis zu 50% aufweise.

Indem Greenspan auf notwendige Maßnahmen wie Stärkung der Bankenregulierung, Rekapitalisierung und Abstinenz des Staates bei Kreditvergabeentscheidungen hinwies, unterstützte er implizit die derzeitige Politik der chinesischen Regierung. Notwendig seien auch, so Greenspan, die Ausbildung von Bankmanagern, neue Verhaltensanreize und die Fähigkeit der Banken, Kreditrisiken zu bewerten und dementsprechend Kredite zu vergeben. (AWSJ, 2.3.04)

Während eines Zusammentreffens zwischen Vertretern des Internationalen Währungsfonds und Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan in Washington Ende März d.J. stand die Reform des chinesischen Finanzsektors im Vordergrund der Gespräche, nicht die Frage des Wechselkurses. Zhou zufolge wurde das Thema ebenfalls nicht beim Treffen mit US-Finanzminister Snow direkt diskutiert. Es ging vielmehr um Fragen der technischen Kooperation zwischen der Zentralbank und dem Finanzministerium.

Zhou nahm auch zum Kommentar von Greenspan Stellung, der auf die Möglichkeit einer Überhitzung der chinesischen Wirtschaft hinwies, die durch den starken Zufluss von US-Dollar ausgelöst werden könnte. Zhou stimmte zu, dass hierdurch die Geldmenge in China steigen könnte, doch habe die Zentralbank bereits im Rahmen ihrer Geldpolitik damit begonnen, Liquidität aus dem Kreislauf zu nehmen. (EBC PF, 27.3.04)

Ein Sprecher des Finanzministers Snow wies in einem Interview darauf hin, dass dieser durchaus die Position der US-Regierung gegenüber Zhou vertreten habe. So sei die Sicht der USA, dass das internationale Handelssystem am besten auf der Basis ei-

nes freien Handels, freier Kapitalflüsse und flexibler Wechselkurse funktioniere. Angekündigte wurde auch, dass in Kürze ein Vertreter der US-Regierung als Berater nach Beijing entsandt würde, der China beim Übergang zu einem flexiblen Wechselkurssystem unterstützen soll. (AWSJ, 26.3.04)

Trotz des vielfältigen Drucks der US-Wirtschaft und von Vertretern der Bush-Administration, den Wechselkurs freizugeben und die Währung aufzuwerten, hat sich die Position der chinesischen Regierung sowie der Zentralbank, die keine unabhängige Position vertritt, nicht verändert. Der Außenwert des Yuan soll im Wesentlichen stabil gehalten werden, da dies der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas diene. (FT, 12.3.04; NZZ, 3., 12.3.04) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 23 Ist die Konjunktur überhitzt?

Die Debatte, ob nur bestimmte Sektoren Überhitzungstendenzen aufweisen oder ob bereits eine konjunkturelle Überhitzung insgesamt besteht, hat neue Nahrung durch die Wirtschaftsergebnisse der ersten Monate d.J. erhalten. So nahm die Industrieproduktion im Januar und Februar um 16,6% im Vergleich zur Vorjahresperiode zu. Im Februar erhöhte sich die industrielle Wertschöpfung sogar um 23,2% gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Telekommunikationsindustrie und die metallurgische Industrie waren die treibenden Kräfte für diese weiterhin hohe Wachstumsrate in den ersten zwei Monaten d.J., sie trugen mit 13,1% und 12,3% zum gesamten industriellen Wachstum bei. Obwohl der Zuwachs bei den Ausfuhren von Industrieprodukten leicht zurückging, verzeichneten die Exporte in den Monaten Januar und Februar d.J. doch noch eine Zunahme von 26,3%. (XNA, 10.3.04) Allerdings stiegen die Importe weitaus schneller, sodass sich ein Außenhandelsdefizit von rd. 8 Mrd. US\$ ergeben hat. (FT, 2.4.04)

Nach Einschätzung von Experten hat sich das Wachstumsmuster noch



nicht verändert. Das deutlich höhere Wachstum der Industrieproduktion im schwerindustriellen Sektor von 19% (in den ersten zwei Monaten) gegenüber dem geringeren Wachstum der Leichtindustrie von 13,8% weist auf die enorme Ausweitung der Investitionen in der Schwerindustrie hin. (AWSJ, 11.3.04)

Obwohl die Regierung versucht, das Tempo der Investitionsausweitung zu beschränken, können für die ersten zwei Monaten d.J. noch keine wesentlichen Erfolge vermeldet werden. So nahm die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen um 53% gegenüber der Vorjahresperiode zu. Staatseigene Unternehmen investierten sogar um 55% mehr. (AWSJ, 17.3.04)

Die Verbraucherpreise stiegen im Februar d.J. um 2,1% gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Januar hatten die Preise um 3,3% zugenommen. (AWSJ, 15.3.04)

Die Frage, ob die Wirtschaft überhitzt ist, beantworteten die bekannten chinesischen Ökonomen Xiao Zhuoqi und Lin Yifu in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua auf sehr unterschiedliche Weise. So wies Xiao darauf hin, dass die mit dem BIP-Wachstum verbundenen Indikatoren wie Inflation, Arbeitslosenquote und Zahlungsbilanz nicht die Interpretation einer überhitzten Wirtschaft erlaubten. Die Inflation sei niedrig und die Zahlungsbilanzsituation ausgezeichnet. Die Arbeitslosigkeit sei ein langfristiges Problem, doch seien die Vorgaben für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und Wiederbeschäftigung im letzten Jahr erreicht worden.

Lin Yifu argumentierte dagegen, dass hinter guten gesamtwirtschaftlichen Indikatoren auch Probleme versteckt sein könnten. Das Wachstum sei im letzten Jahr vor allem durch hohe Investitionen in einigen Branchen und Sektoren ausgelöst worden, insbesondere durch den Immobiliensektor sowie die Kfz-Industrie und Baustoffindustrie. Ein Großteil dieser Investitionen sei durch Bankkredite finanziert worden. Problematisch sei, dass die Investitionen in diese Produktionsbereiche bei nachlassender Nachfrage zu Lagerbeständen führten und dass die Kredite an die entsprechenden Industrien dann uneinbringlich würden.

Welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen erforderlich sind, diese Frage beantworten beide Ökonomen ebenfalls sehr unterschiedlich. Xiao schlug beispielsweise vor, bestimmte Maßnahmen für bestimmte Sektoren auf einer „Fall-zu-Fall“-Basis durchzuführen. Er fordert, das Steuersystem anzupassen, jedoch die Steuern nicht wesentlich zu erhöhen. Die aktive Fiskalpolitik der Regierung und die Emission von Staatsanleihen und Investitionen des Staates sollten schrittweise reduziert werden. Dagegen müsse die Politik gegenüber dem Kapitalmarkt verbessert werden, damit dieser eine stärkere Rolle bei der Finanzierung der Unternehmen spielen könne. Weiterhin sollte die Inlandsnachfrage gestärkt und Maßnahmen durchgesetzt werden, um den privaten Verbrauch zu beleben. Darüber hinaus müsse der Marktzugang für Unternehmen verbessert und die Entwicklung des privaten Sektors gestärkt werden.

Lin Yifu wies darauf hin, dass administrative Mittel zur Steuerung der Wirtschaft wenig wirkungsvoll blieben. Dagegen würde von der Beschränkung des Wachstums auf 7%, wie dies bereits von der Regierung Ende des letzten Jahres beschlossen worden sei, eine wichtige Signalfunktion ausgehen. Bestimmte Sektoren und Branchen würden dadurch daran erinnert, ihre Investitionen zu reduzieren. Als aktuelle wirtschaftspolitische Maßnahmen schlug Lin vor, sowohl finanz- als auch geldpolitische Instrumente und industriepolitische Richtlinien einzusetzen. (BBC PF, 5.3.04)

Während einer Pressekonferenz im Rahmen der NVK-Tagung ging Ma Kai, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission (State Development and Reform Commission), ebenfalls auf die Frage ein, ob die Wirtschaft überhitzt ist.

Ma Kai zufolge ist die derzeitige wirtschaftliche Situation komplizierter und lasse sich nicht vereinfachend mit den Begriffen „überhitzt“ oder „nicht überhitzt“ kennzeichnen. Insgesamt habe sich die Wirtschaft im letzten Jahr gut entwickelt, doch sei im Verlauf des hohen Wirtschaftswachstums das Problem „blinder Investitionen“ und von vielen ähnlichen Projekten mit niedrigen Standards in bestimmten Branchen und Regio-

nen aufgetreten. Als Beispiel nannte Ma die enormen Investitionen in der Eisen- und Stahlindustrie (+96,6%), in der Aluminiumindustrie (+92,9%) und Zementindustrie (+121,9%). Obwohl derzeit eine hohe Nachfrage nach diesen Produkten bestehe, gäbe es die Gefahr von Überkapazitäten. In der Stahlindustrie habe der Output im letzten Jahr bei 240 Mio. t gelegen, weitere 37 Mio. t wären importiert worden. Gleichzeitig seien jedoch 60% der im letzten Jahr zusätzlich hergestellten Produkte im Stahlsektor überschüssig. Von den 81 neu errichteten Hochöfen für die Produktion von Eisenerz wiesen nur 6 Hochöfen eine vernünftige Größe aus.

Weiterhin stellte Ma Kai Probleme heraus, die mit dem extensiven Wachstum verbunden sind. Während China erst 4% zum globalen Wachstum beitrage, verbrauche das Land dagegen 7,4% der Erdölressourcen, 31% der Kohleressourcen, 27% der Eisen- und Stahlprodukte, 25% des Aluminiumoxids und 40% des Zements. Seit dem letzten Jahr gebe es Knappheiten bei Kohle, Elektrizität, Erdöl und im Transportsektor. Vor diesem Hintergrund müsse eine angemessene Wachstumsrate angestrebt werden, die das Wachstum mit den Energie- und Rohstoffressourcen und den Transportkapazitäten in Übereinstimmung bringe. (BBC EF, 8.3.04) -schü-

## 24 NVK-Tagung: Regierung will Überhitzungstendenzen aufhalten

Auf der NVK-Tagung Anfang März kündigte Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Regierungsbericht an, dass für das laufende Jahr 2004 ein Wachstum von 7% angestrebt wird. Gegenüber dem Jahr 2003 wird damit von einer um 2,1% niedrigeren Wachstumsrate ausgegangen. (XNA, 5.3.04)

Um die Überhitzungstendenzen, die insbesondere in bestimmten Sektoren und Regionen vorhanden sind, zu bekämpfen, setzt die Regierung ein Paket verschiedenster Maßnahmen ein. Hierdurch sollen vor allem die von Wen Jiabao genannten „blinden Investitionen“ und solche Projekte verhindert werden, die zu Überkapazitäten führen. Im Februar hatte der Staatsrat in diesem Zusammenhang



eine nationale Konferenz abgehalten, in der Überinvestitionen in der Stahl-, Aluminium und Zementindustrie im Vordergrund standen. (XNA, 5.3.04) Auf einer Pressekonferenz zum Abschluss der NVK-Tagung hob Wen Jiabao nochmals die aktuellen wirtschaftlichen Probleme des Landes hervor. Hierzu zählte Wen zu hohe Investitionen, Knappheiten in den Bereichen Energie, Transport und Rohstoffe, ein Rückgang der Getreideproduktion und zunehmender Preisanstieg. In dieser Situation sei die makroökonomische Kontrolle Wen Jiabao zufolge besonders schwierig. (AWSJ, 15.3.04)

Zu den fiskalpolitischen Maßnahmen zählt, dass das staatliche Ausgabenprogramm gekürzt wird, mit dessen Hilfe in den letzten Jahren ein hohes Wachstum aufrechterhalten werden konnte. Für dieses Jahr ist deshalb eine Emission von Staatsanleihen für den Ausbau der Infrastruktur in Höhe von 110 Mrd. Yuan vorgesehen, das sind 30 Mrd. Yuan weniger als im Vorjahr. Wen wies in seinem Regierungsbericht darauf hin, dass zwar das Volumen der Anleihen auch in den Folgejahren weiter gesenkt werde, doch dass gleichzeitig die Ausgaben für den Ausbau der Infrastruktur im Staatshaushalt erhöht würden. In diesem Jahr sollen diese Ausgaben für Infrastruktur im Staatshaushalt um 5 Mrd. Yuan angehoben werden.

Mittel aus dem Verkauf der Staatsanleihen sollen in diesem Jahr in die Entwicklung der ländlichen Regionen, in soziale Projekte, in die Regionen Westchina und Nordostchina, in den Umweltschutz und in laufende durch Anleihen finanzierte Projekte geleitet werden. (XNA, 5.3.04)

Zu den geldpolitischen Maßnahmen gehört eine Palette verschiedenster Instrumente, um das Wachstum der Bankkredite zu bremsen. Bankkredite finanzierten im letzten Jahr die Anlageinvestitionen zu einem Anteil von 50-60%. Die monatliche Wachstumsrate der Bankkredite hatte seit Mitte des Jahres 2002 kontinuierlich zugenommen und im August 2003 mit einem Anstieg um 24% ihren Höhepunkt erreicht. Im September 2003 wurde die Mindestreserve für die Banken von 6% auf 7% erhöht. Als Folge dieser Maßnahme soll das Wachstum der Bankkredite im vierten Quar-

tal zurückgegangen sein. Das Volumen der Bankkredite lag im vierten Quartal nur noch bei monatlich 97,9 Mrd. Yuan, im dritten Quartal hatte das monatliche Volumen noch bei 230 Mrd. Yuan gelegen. (XNA, 5.3.04)

Im März d.J. kündigte die Zentralbank an, dass sie eine erneute Erhöhung der Mindestreserve auf 7,5% beschlossen hat. Allerdings soll diese nur für Banken gelten, die eine niedrige Eigenkapitalquote besitzen. Weiterhin wird der Rediskontsatz für kurzfristige Forderungen um 0,27% auf 3,24% erhöht. Diesen Zins zahlen Geschäftsbanken an die Zentralbank bei der Einlösung von Wechseln vor Ablauf der Fälligkeit. (AWSJ, 24.3.04)

Für das Jahr 2004 setzte die Zentralbank die Wachstumsrate des Kreditvolumens auf 16% fest, deutlich niedriger als für das Jahr 2003 von insgesamt 21%.

Als erste der vier großen staatseigenen Banken hat die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) die Beschränkung von Krediten an Produzenten im Stahl-, Aluminium- und Zementsektor angekündigt.

Die Bankaufsichtsbehörde (China Banking Regulatory Commission, CBRC) legte im Februar fest, dass der Anteil der Kredite für Immobilienprojekte im Portfolio der Banken weniger als 30% betragen soll.

Ob die geldpolitischen Maßnahmen die gewünschte Wirkung entfalten, wird von verschiedenen Experten bezweifelt. Andererseits könnte der psychologische Effekt durchaus von Bedeutung sein und hinreichend signalisieren, dass die Zentralbank die Kredite verknappt will. Gleichzeitig wird mit Blick auf die relativ geringen Veränderungsraten deutlich, dass die Regierung einen Balanceakt unternimmt, um die wirtschaftliche Dynamik nicht zu stark abzubremsen. Dies zeigt sich auch darin, dass Kredit- und Einlagezinsen nicht verändert wurden. Diese Sätze wurden seit Februar 2002 nicht mehr verändert. Für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr liegt der Zinssatz bei 5,31%, für Einlagen mit derselben Laufzeit bei 1,98%. (AWSJ, 24.3.04)

Wen Jiabao kündigte in seinem Regierungsbericht weitere Maßnahmen an, die zur Optimierung der Investitions-

struktur beitragen sollen. Hierzu zählen:

- Verbesserte industriepolitische Maßnahmen und Planungsprozesse sollen die richtigen Anreize für private Investitionsaktivitäten setzen.
- Die Regierung werde die Standards für den Marktzutritt überarbeiten und ihre Anwendung überwachen. Noch nicht begonnene Projekte, die nicht den gesetzten Standards für Umweltschutz, Sicherheit, Energieverbrauch, Technologieniveau oder Qualität entsprechen, würden blockiert. Bereits laufende Projekte, die in diesen Bereichen Probleme aufweisen, müssten innerhalb eines gesetzten Zeitraums angepasst werden.
- Verbesserung des Landnutzungsmanagements in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen. Es würden keine Landnutzungsrechte für Projekte vergeben, die die industriepolitischen Anforderungen und Standards für die Zulassung zum Markt nicht erfüllen.
- Verschärfung der Kontrolle über Kredittransaktionen. Finanzinstitute dürfen keine Kredite für neue Projekte, Umbau oder Ausbau von Projekten vergeben, die den gesetzten Anforderungen nicht entsprechen.
- Die Regierung wird gegen nicht genehmigte Steuervergünstigungen vorgehen.

Der Ministerpräsident wies in seiner Rede weiterhin darauf hin, dass der IT-Sektor die Basis für die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft werden müsse und eine Verbesserung der Industriestrukturen erforderlich sei. (XNA, 5.3.04)

Dass die Regierung das Wachstum auf 7% beschränken will, wurde vielfach als Kehrtwende hin zu einem „wissenschaftlichen Konzept der Entwicklung“ interpretiert. Yao Yingyuan, Chefökonom des Nationalen Statistikamtes, geht davon aus, dass die Regierung nicht mehr länger nur auf ein hohes Wirtschaftswachstum setzt, son-



dern eine koordinierte und nachhaltige Entwicklung der ländlichen und städtischen Gebiete, verschiedener Regionen, von Wirtschaft und Gesellschaft, von Mensch und Natur sowie von inländischer Entwicklung und außenwirtschaftlicher Öffnung verfolge. Mit der Wachstumsrate von 7% sende die Zentralregierung auch ein Zeichen an die lokalen Funktionäre aus, auf Qualität und Effizienz des Wirtschaftswachstums zu setzen. Die relativ niedrige Wachstumsrate nehme den Druck von den Lokalregierungen, sich nur auf ein schnelles Entwicklungstempo konzentrieren zu müssen. (BBC EF, 8.3.04) -schü-

## 25 NVK-Tagung: Ausgeglichene Regionalentwicklung als Ziel

Auf der NVK-Tagung im März d.J. fasste Ma Kai, Minister der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission, die wirtschaftlichen Ergebnisse des Jahres 2003 zusammen und stellte die Eckdaten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung für das Jahr 2004 vor. Im Rahmen der Richtlinie einer „umfassenden, ausgeglichenen und nachhaltigen Entwicklung“ wird dem Ausgleich der Wirtschaftsentwicklung zwischen verschiedenen Regionen eine wichtige Bedeutung zugewiesen. Notwendig sei in diesem Zusammenhang, so Ma Kai, eine Gesamtplanung für die Regionalentwicklung.

Ziel ist nach Ma Kai ein Ausgleich zwischen der Entwicklung der Regionalwirtschaften, sodass die Regionen Ostchina, Zentralchina und Westchina sich gegenseitig ergänzen und in der Entwicklung unterstützen könnten. Ma kündigte an, dass die Maßnahmen zur Entwicklung der Region Westchina verbessert würden. Im Einzelnen nannte er:

- Besondere Anstrengungen zur Realisierung der Großprojekte, die einen starken Einfluss auf die langfristige Entwicklung der Region haben, sowie zur Realisierung der kleinen und mittleren Projekte mit direkten Auswirkungen für die Bevölkerung.
- Bereitstellung von mehr Finanzmitteln zur Verbesserung des Straßennetzes, das Kreisstädte

und Dörfer verbindet, und Lösung des Trinkwasserproblems für Menschen und Tiere.

- Ausweitung der Infrastrukturprojekte: Projektbeginn des Jiudianxia-Wasserkraftwerkes (im Tao-Flussbecken in der Provinz Gansu) und anderer Schlüsselprojekte. Beschleunigung des Baus von Flughäfen auf Zubringerstrecken in Westchina.
- Die Umwandlung von Kulturland in Wälder wird fortgesetzt; Bauern und Viehzüchter, deren Land bei der Umwandlung in Anspruch genommen wurde, sollen unterstützt werden.
- Entwicklung von speziellen Produktionszweigen, die wettbewerbsfähig sind.
- Erhöhung der Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte in der Westregion.
- Verbesserung der Gesetze und Bestimmungen für die Region.

Hinsichtlich des neuen Regional-schwerpunktes, nämlich der Belebung Nordostchinas und anderer alter Industriestandorte, kündigte Ma folgende Maßnahmen an:

- Förderung der strategischen Umgruppierung von Unternehmen in einigen Schlüsselindustrien wie Eisen und Stahl, Kfz-Industrie, Petrochemie und Ausrüstungsindustrie.
- Implementation der wirtschaftspolitischen Unterstützungsmaßnahmen für die Restrukturierung und Transformation der alten Industriestandorte in den Bereichen Fiskalpolitik, soziale Sicherung und Finanzdienstleistungen.
- Unterstützung von Städten, die ihre Wirtschaftskraft hauptsächlich auf der Erschließung von natürlichen Ressourcen basiert haben.

Die Zentralregion soll nach Ma Kai bei der Erschließung ihrer Vorteile hinsichtlich der geographischen Lage, der

Ressourcen, des ausgebildeten Personals und der Bildung unterstützt werden. Konkrete Angaben machte er jedoch dazu nicht. Die Ostregion soll die Chancen zur Verbesserung ihrer Industrien und Technologien nutzen und international wettbewerbsfähiger werden. (BBC PF, 17.3.04)

Im März veröffentlichte der Staatsrat ein Papier, in dem nochmals ausführlich auf die Notwendigkeit eingegangen wurde, mit der Förderung Westchinas fortzufahren. In diesem Papier wird erneut auf die großen Probleme wie die rückständige Infrastruktur eingegangen, die die Entwicklung der Region beschränkt. Trotz gewisser Verbesserungen gebe es noch keine Trendwende bei den ökologischen Problemen, es bestehe große Wasserknappheit, die sozialen Bereiche Bildung und öffentliche Gesundheit seien unzureichend entwickelt und es fehle an qualifiziertem Personal, das in andere Regionen abwandere.

Im Abschnitt 8 des Papiers des Staatsrats wird auf die Frage der Finanzierung der Entwicklung Westchinas näher eingegangen. Im Einzelnen heißt es dazu:

- Die Schaffung stabiler langfristiger Finanzierungskanäle ist eine wichtige Garantie für die weitere Entwicklung der Region.
- Der Umfang der staatlichen Investitionen für Westchina, finanziert durch langfristige Anleihen für Bauprojekte, muss beibehalten werden.
- Finanzierung durch private oder ausländische Investitionen soll unterstützt werden.
- Anhebung der Transferzahlungen aus dem Staatshaushalt an die Westregion.
- Finanzinstitute erhalten Anreize, Projekte in Westchina zu finanzieren.
- Der Aufbau ländlicher Finanzinstitute und die Reform des ländlichen Kreditgenossenschaftssystems in Westchina sollen beschleunigt werden.
- Unternehmen in Westchina, die die Kriterien für die Emission



von Aktien und Unternehmensanleihen aufweisen, sollen bevorzugt Anleihen oder Aktien emittieren dürfen.

- Ausländischen und inländischen Investoren soll es erlaubt sein, Portfolio-Investitionen in Unternehmen durchzuführen.
- Die Anteile Westchinas an den Krediten internationaler Organisationen und im Rahmen von Regierungskrediten sollen erhöht werden. (BBC PF, 22.3.04)

den Schutz der Rechte und Interessen der Individualwirtschaft allgemein beschränkte, heißt es nunmehr („Major amendments to the constitution“, <http://www.china.org.cn/english/features/90056.htm>, 3.4.04)

- (Artikel 11): Schutz der „... interests of the private sector of the economy, including individual and private businesses. The state encourages, supports and guides the development of the private sector, and exercises supervision and administration over the sector according to law.“
- Im Artikel 13 wird außerdem festgehalten, dass das legal erworbene Eigentum nicht beschnitten werden darf und dass der Staat das Recht auf privates Eigentum und das Recht auf Vererbung des privaten Eigentums schützt: „The lawful private property of citizens shall not be encroached upon. The state protects by law the right of citizens to own private property and the right to inherit private property.“

Internationale Kredite für die Westchina-Entwicklung werden von verschiedenen Organisationen vergeben, darunter auch die Asian Development Bank (ADB). Ende März wurde bekannt, dass die ADB ein Kreditvolumen von 3 Mrd. US\$ für die Förderung Westchinas vorgesehen hat. Dies sind 80% aller Kredite an China in den Jahren 2005 und 2006. Die 3 Mrd. US\$ sollen für den Bau von Infrastrukturprojekten, insbesondere für Transport, Energie, Landwirtschaft und Umweltschutz, eingesetzt werden. (XNA, 31.3.04)

Im Zusammenhang mit der Westchina-Entwicklungsstrategie ist auch von Bedeutung, dass derzeit ein Gesetz in Vorbereitung ist, mit dem die Förderung der Entwicklung Westchinas auf eine rechtliche Grundlage gestellt werden soll. Der stellvertretende Minister der Staatlichen Entwicklungskommission Li Zishan kündigte an, dass innerhalb dieses Jahres ein erster Entwurf vorgelegt werden soll. (XNA, 8.3.04) -schü-

Dem Verfassungszusatz wird eine wichtige Funktion bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung der privaten Unternehmen eingeräumt. In den offiziellen chinesischen Medien wurden Beispiele der Reaktion privater Unternehmer auf diesen Verfassungszusatz vorgestellt.

Liu Yonghao, Mitglied des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz und Vorsitzender der Sichuan New Hope Group, begrüßte diese Entscheidung. Für Liu, der zu den reichsten Unternehmern Chinas zählt, ist dieser Verfassungszusatz ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Marktwirtschaft. Die privaten Unternehmer hätten nun mehr Vertrauen und Anreize, Vermögen aufzubauen. Früher hätten die privaten Unternehmer Angst gehabt, dass ab einer bestimmten Unternehmensgröße ihr Vermögen nicht mehr geschützt ist. Deshalb hätten in der Vergangenheit so viele Privatunternehmer einen „roten Hut getragen“, d.h. den Status eines nicht privaten Unternehmens an-

genommen. Mit der Klärung der Politik der Regierung gegenüber der nicht-öffentlichen Wirtschaft werde von privatem Kapital starke Investitionsimpulse ausgehen. Ähnlich argumentierten andere private Unternehmer, die alle den Aspekt der verbesserten Sicherheit von Investitionsentscheidungen betonten. (BBC PF, 10.3.04)

Nach Einschätzung von Zong Qinghou, Präsident der Wahaha Group und NVK-Delegierter der Provinz Zhejiang, werden von der Verfassungsergänzung nicht nur die privaten Unternehmer profitieren, sondern alle Teile der Bevölkerung. Zong erwartet, dass durch den Verfassungszusatz mehr Anreize für die Bildung von Vermögen geschaffen und zukünftig die Mittelklasse an Bedeutung gewinnen wird. Weiterhin werde sich diese Entscheidung positiv auf das Problem der Kapitalflucht auswirken. (<http://www.china.org.cn/english/2004/Mar/89866.htm>, 3.4.04)

Bao Yujun, Präsident der China Private Economy Association, kritisierte die vielfach verbreitete Sicht, dass der Schutz des privaten Eigentums nur ein Schutz von Reichen sei. Vielmehr sei dieser ein Schutz aller Bürger, die Vermögen aufbauen und darüber frei verfügen wollten.

Gao Zongze, Präsident der All-China Lawyers Association, weist auf die besondere Bedeutung des Begriffs „legal erworbenes Eigentum“ hin. So gebe es beispielsweise Fälle, in denen private Unternehmer in ehrlicher und legaler Weise Eigentum erworben haben, dass dann jedoch durch korrupte Funktionäre lokaler Regierungen beansprucht worden sei. Song Xuantao, KPCh-Sekretär der Stadt Zhumadian, Provinz Henan, wies auf das Problem der Durchsetzung des Schutzes privaten Eigentums durch das Gesetz hin. Wichtig sei es, dass entsprechende Ergänzungen in anderen Gesetzen gemacht würden, insbesondere im Zivilrecht und im Sachenrecht. (BBC PF, 10.3.04)

Auch He Weifang, Professor an der Beijing University, Law School, geht beispielsweise davon aus, dass der Verfassungszusatz keinen direkten Einfluss auf die Entscheidungen der Gerichte haben wird. So würden die Gerichte normalerweise nicht Gesetze und Regierungsbestimmungen auf

## 26 Unternehmer begrüßen Schutz des privaten Eigentums durch die Verfassung

Die diesjährige NVK-Tagung beschloss u.a. auch einen Verfassungszusatz, mit dem privates Eigentum geschützt werden soll. (Vgl. auch das Thema „Auf dem Weg zur konstitutionellen Einparteiensherrschaft? Die Verfassungsänderungen vom März 2004“ in diesem Heft.) Die entsprechenden Verfassungsartikel 11 (Abschnitt 2) und 13 sind dementsprechend neu gestaltet. Während sich die Verfassung zuvor nur auf



die Übereinstimmung mit der Verfassung überprüfen. Die Verfassungsergänzung sei relativ vage und werde nicht viel Bedeutung haben, wenn nicht gleichzeitig andere Gesetze entsprechend überarbeitet würden. Der Verfassungszusatz spiele derzeit eher eine symbolische denn eine rechtliche Rolle. (IHT, 15.3.04)

Auf die fehlende Durchsetzung der Verfassungsänderung weist auch ein Beitrag in der *International Herald Tribune* vom 5.3.04 hin. So mangle es in China an einem Verfassungsgericht, das in Streitfällen angerufen werden könne. Problematisch sei weiterhin, dass lokale Regierungen aufgrund eines gesetzlichen Definitionsvakuaums des Begriffs „legal erworbenes Eigentum“ willkürlich Eigentum als „illegal erworben“ definieren und dann entschädigungslos konfiszieren könnten.

Für ausländische Investoren hat der Verfassungszusatz keine konkrete Bedeutung. Für sie sind zwischenstaatlich vereinbarte Investitionsschutzabkommen der rechtliche Rahmen, der ihnen die Sicherheit vor staatlichem Zugriff bietet. (FAZ, 19.3.04) -schü-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 27 Beijing plant Interpretation des em Basic Law

Vor dem Hintergrund der hitzigen Debatte um eine beschleunigte Demokratisierung in der Sonderverwaltungsregion kündigte die Beijinger Zentralregierung am 26. März eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) an. Diese zielen darauf ab, die „Verwirrungen und Differenzen“ über Wahlrechtsreformen in der Sonderverwaltungsregion zu beenden, so Xinhua. Die Beratungen über die Interpretation entsprechender Passagen sollen Anfang April stattfinden.

Dieser Entscheidung waren wochenlange verbale Attacken seitens Beijinger Medien auf prodemokratische Hongkonger Kräfte, die sich für allgemeine Direktwahlen des Regierungschefs und aller Abgeordneten der

Legislativversammlung ab 2007 einsetzen, vorausgegangen (vgl. C.a., 2004/2, Ü 28). Das Hongkonger Grundgesetz, *Basic Law*, sieht diese Möglichkeit vor, ohne jedoch einen konkreten Zeitplan zu nennen. Festgelegt ist lediglich, dass die entsprechenden Wahlgesetze geändert werden müssen, wofür es einer Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten der Legislativversammlung sowie der Zustimmung des Hongkonger Regierungschefs bedarf. Über die Rolle der Zentralregierung heißt es im *Basic Law* in diesem Zusammenhang nur, dass die Gesetzesänderungen dem „Ständigen Ausschuss des NVK für das Protokoll berichtet werden sollen“.

Seitens der prodemokratischen Opposition und Bürgerrechtler Hongkongs hat die jüngste Entscheidung Beijings scharfe Kritik und Proteste hervorgerufen. Eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes durch den NVK unterminiere die einst von der Zentralregierung versprochene Autonomie der Stadt und sei ein schwerer Angriff auf das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“. Beijing-nahe Kräfte verteidigen den Beschluss der parteistaatlichen Führung jedoch mit dem Verweis darauf, dass das *Basic Law* dem Ständigen Ausschuss des NVK das Recht auf Auslegung und Änderung des Grundgesetzes gewährt.

Viele Kommentatoren sehen in dem neuesten Vorstoß der Zentralregierung verzweifelte Versuche, die wachsenden Forderungen nach Demokratie in der Sonderverwaltungsregion zu stoppen. Beijing werde zunehmend nervös, insbesondere im Hinblick auf den näher rückenden 15. Jahrestag der Niederschlagung der Protestbewegung von 1989 sowie den baldigen Jahrestag der Hongkonger Massenproteste vom 1. Juli 2003 gegen die von der Tung-Administration geplanten Sicherheitsgesetze.

Noch ist unklar wie die Interpretation des Ständigen Ausschusses des NVK genau aussehen wird. Die Zentralregierung signalisierte unterdessen jedoch, dass sie keine radikale Neuauslegung anstrebe. Shiu Sin-por, Direktor des Beijing-nahen „Ein Land, zwei Systeme“-Forschungsinstituts, zeigt sich überzeugt, dass die Auslegung letztendlich dazu führen werde, einige der bestehenden

rechtlichen Probleme zu klären, so dass die Diskussion über politische Reformen „auf eine ordentliche Art und Weise“ fortgesetzt werden könne. Als beschwichtigende Geste gegenüber den Demokraten werten Beobachter zudem, dass sich ein Vertreter der Zentralregierung Ende des Monats mit drei prodemokratischen Abgeordneten der Legislativversammlung traf, um mit ihnen über ihre Bedenken zu diskutieren. (XNA, 26., 27.3., 3.4.04; SCMP, 27.3.04, nach BBC PF, 28.3.04; *The Standard*, 29.3.04; RTHK Radio, 30.3.04, nach BBC PF, 31.3.04; ST, 29.3., 1.4.04; FT, 2.4.04; WSJ, 31.3., 3.4.04;) -bk-

### 28 Konferenz zu Selbstmorden bei älteren Chinesen

Vom 24. bis zum 26. März richteten der Hong Kong Council of Social Service zusammen mit der Psychogeriatric Association und dem Wohlfahrtsministerium die Asia-Pacific Regional Conference on Prevention of Elderly Suicide in der Stadt aus. Dabei handelt es sich um eines der wesentlichen gemeinsamen Projekte der genannten Organisationen, das angesichts einer im Vergleich zu anderen Städten in der Welt relativ hohen Selbstmordrate bei älteren Menschen besondere Beachtung findet. Es sollte Wissenschaftler, Mediziner und Politiker nicht nur aus dem Verwaltungs-, medizinischen und Wohlfahrtsbereich in Hongkong selbst, sondern auch aus verschiedenen Ländern der Region zusammenbringen ([www.aarp.org/Articles/a2003-12-03-cp-mar04\\_04.html](http://www.aarp.org/Articles/a2003-12-03-cp-mar04_04.html)).

In seiner Begrüßungsrede wies der Minister für Gesundheit, öffentliche Wohlfahrt und Ernährung Dr. Yeoh Eng-kiong darauf hin, dass die Selbstmordrate bei Älteren in Hongkong schon immer höher war als bei anderen Altersgruppen. In den 90er Jahren lag sie bei den älteren Chinesen bei 30 pro 100.000 Bürger, verglichen mit durchschnittlich 15 in der Gesamtbevölkerung. Inzwischen sei die Rate etwas gesunken und habe sich im Jahre 2002 mit 26,7 stabilisiert – wobei allerdings damit zu rechnen sei, dass sie in dem „schwierigen Jahr 2003“ wieder etwas höher liege. Um die Risikofaktoren zu verringern und die älteren Menschen zu schützen, habe die Regie-